

Wem gehört der Acker?

Kollektiver Landbesitz als notwendige Erweiterung von CSA: für eine Solidarische Landwirtschaft

Der folgende Artikel untersucht die Struktur von Projekten Gemeinschaftsunterstützter Landwirtschaft, kurz: CSAs. Er verdeutlicht die Bandbreite solcher Projekte, aber auch ihre Widersprüchlichkeit. Diese röhrt wesentlich aus dem Widerspruch zwischen Solidarität und Marktwirtschaft. Der Markt engt KonsumentInnen wie Produzierende ein. Dabei spielt das Privateigentum an Grund und Boden eine besondere Rolle. Abschließend werden Ansätze zur Schaffung von Gemeingütern an Land als einer Basis Solidarischer Landwirtschaft skizziert.

von Andreas Exner

Angesichts von Lebensmittelskandalen, Gentechnik, und dem Gefühl wachsender Ohnmacht und Anonymität suchen viele KonsumentInnen nach Alternativen zur herrschenden Form von Landwirtschaft. Auf der anderen Seite geht das Sterben bäuerlicher Höfe weiter und drängt auch ProduzentInnen zur Suche neuer Wege.

Seit einigen Jahren werden auch in deutschsprachigen Ländern Bewegungen für eine Solidarische Landwirtschaft stärker sichtbar. Am prominentesten in dieser Hinsicht ist wohl der CSA-Ansatz, zumindest ein erster Schritt in diese Richtung. CSA steht für das englische Community Supported Agriculture, wörtlich übersetzt also eine von der Gemeinschaft unterstützte Landwirtschaft.

► CSA: eine ungleiche Beziehung?

CSA hat keine einheitliche Definition. Die Ansätze und Projekte, die unter diesem Titel diskutiert werden, eint vor allem der Versuch, Lebensmittel anders als üblich zu produzieren und zu verteilen. Die meisten CSA-Projekte gehen von der Arbeitsteilung zwischen einem bäuerlichen Betrieb und den Konsumierenden aus. Diese Arbeitsteilung wird zwar im Verlauf der Entwicklung vieler Projekte mehr oder weniger verändert. Dennoch lohnt es sich, zuerst einmal das Verhältnis der Motive dieser beiden Gruppen zu betrachten, die für die meisten CSA-Projekte konstitutiv bleiben. Die folgende Auflistung stützt sich unter anderem auf die Beiträge der rund 70 TeilnehmerInnen des Workshops „Von der CSA zum Flächenfreikauf?“ beim Solidarökonomie-Kongress in Wien im Februar 2013.

Die vorrangigen Motive der Konsumierenden, eine CSA zu bilden, sind demnach:

- Erhalt kleinbäuerlicher Landwirtschaft und ökologische Bewirtschaftungsmethoden; Teilung des Produktionsrisikos; Abnahmegarantie für die Produzierenden; Übernahme von Verantwortung für die Produktion
- Gesunde Lebensmittel und regionale Produktion, die selbst überprüft werden kann
- Mehr Bezug zu Landwirtschaft, Boden und Menschen
- Mehr Solidarität zwischen den KonsumentInnen; Umverteilung; mehr Krisensicherheit und soziale Gleichheit; Eigenproduktion; Befriedigung von Grundbedürfnissen abseits des Marktes
- Mehr Mitsprache im Betrieb; Aufhebung der Trennung zwischen Konsumierenden und Produzierenden; Entkoppelung von Preisen und Produkten
- Schaffung eines Experimentierraumes für alte Sorten; Verringerung des Effizienzdrucks, der auf der Landwirtschaft lastet
- Bewusstseinsbildung

Zusammengefasst geht es vor allem um soziale und politische Motive. Individuelle Lebensqualität wie etwa der Wunsch nach guten Lebensmitteln spielt ebenfalls eine Rolle. Sofern es sich nicht um Nischenprodukte handelt, wie etwa die Sortenraritäten der GELA Ochsenherz in Wien, sind diese Motive wohl auch durch Bioprodukte im Supermarkt zu erfüllen und insofern eher zweitrangig.

Anders gelagert sind die Motive der Produzierenden, wenn man einmal diejenigen CSA-Projekte betrachtet, die nicht mehr oder weniger kollektiv gestaltet werden wie in Ansätzen nicht-kommerzieller Landwirtschaft. Für herkömmliche ProduzentInnen, die ein Geldeinkommen erwirtschaften wollen und auch müssen, besteht das Motiv vorrangig im Erhalt

des Betriebs durch:

- Absatzsicherung mittels KundInnen-Bindung und Marketing durch Imagevorsprung
- Risikostreuung und Vorfinanzierung

Weitere Motive können die erhöhte Wertschätzung der eigenen Arbeit und ihrer Produkte, aber auch die Befriedigung durch den Kontakt mit den Konsumierenden sein. Doch in den meisten Fällen, so ist anzunehmen, stehen die monetär-ökonomischen Motive klar im Vordergrund.

Dies deshalb, weil ein landwirtschaftlicher Betrieb in einer Marktwirtschaft aus strukturellen Gründen zuerst einmal ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften muss. Alle anderen Anliegen, die Freude an der Arbeit zum Beispiel, können erst in zweiter Linie zum Tragen kommen. Während die KonsumentInnen ausschließlich am Gebrauchswert interessiert sind, müssen die ProduzentInnen in einer Marktwirtschaft das Augenmerk zuerst auf den Tauschwert ihrer Produkte legen.

Die Motivlagen der Konsumierenden sind also von denen der Produzierenden deutlich verschieden. Während die Konsumierenden Solidarität mit den ProduzentInnen üben wollen und politische Motive verfolgen, sind die ProduzentInnen auf die Konsumierenden als Mittel des wirtschaftlichen Überlebens angewiesen. Von ihrer Seite aus mögen sich durchaus noch andere Motive geltend machen, doch erst wenn dem harten Zwang des Geldeinkommens Folge geleistet worden ist.

Die „Solidarität“ der KonsumentInnen kann jedoch auch durchaus eigennützige Motive haben. So etwa in jenen Fällen, wo die Produkte besonders wertgeschätzt werden und man diese am Markt kaum erhält (zum Beispiel Sortenraritäten). Auch die Aufweichung der Trennung zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen, die mit der CSA verbunden wird, muss nicht unbedingt emanzipatorischen Charakter haben. Diese Trennung wird auch von Ikea aufgehoben, wo die Kunden ihre Kästen selbst zusammenschrauben, oder auf einem Selbsternteacker. Und die früheren Tupperware-Parties haben durchaus Elemente einer sozialen „Bewegung“ mit „Eigenarbeit“ und „emotionalem Engagement“ verbunden. Ikea und Tupperware sind freilich Großkonzerne.

Es stellt sich daher die Frage, unter welchen Bedingungen die Motive von Konsumierenden und Produzierenden zusammenpassen; und ob diese Bedingungen die Grundlage einer Solidarischen Landwirtschaft als gesellschaftlicher Perspektive sein können. Dabei gilt es auch diese Motive selbst zu hinterfragen. Nicht alles, was zusammengehen will, geht auch zusammen.

Auf der anderen Seite wäre zu fragen, welche Voraussetzungen denn gegeben sein müssten, damit Konsumierende und Produzierende sich zum gleichen Wohle aller ergänzen, und zwar jenseits des Randphänomens, das CSA heute auch in ihren entwickeltesten Formen noch ist. Welche Struktur also schafft die Grundlage für eine stabile Solidarität zwischen diesen beiden Polen?

Antworten auf diese Frage lassen sich nicht am Reißbrett entwerfen, sondern nur im beständigen Versuch und der Reflexion von Irrtümern und Erfolgen entwickeln. Wichtig scheint dabei ein nüchterner Zugang zur eigenen Praxis, der Romantisierungen vermeidet. Wenn der Wunsch nicht gleich für die Wirklichkeit gehalten wird, können Defizite ein Ansporn sein für das eigene Projekt.

► Fragen an das eigene Projekt

Wichtiger als fertige Antworten sind so betrachtet gute Fragen. Sie können einen Prozess fortlaufender Reflexion anleiten oder inspirieren. Hier sind einige Vorschläge für Fragen, die darauf abzielen, das eigene Projekt zu durchleuchten und gegebenenfalls Neues zu probieren:

- Ist der Markt in unserem Projekt wirklich außer Kraft gesetzt?
- Wie weit geht Solidarität bei uns im Ernstfall?
- Gibt es eine strukturelle Gleichheit zwischen Produzierenden und Konsumierenden, gibt es eine echte Mitsprache aller im Betrieb?
- Werden Strategien der „KundInnen-Bindung“ eingesetzt?
- Wenn ja, welche?
- Geht die Initiative nur oder vor allem vom Betrieb aus?
- Was unterscheidet das Projekt strukturell von einer üblichen Produzentin?

Es kann sein, dass der Wunsch, Landwirtschaft in einer CSA ganz anders zu machen als üblich, diese Fragen unverständlich macht. Wie etwa kann es sein, dass in einem CSA-Projekt „KundInnen-Bindung“ betrieben wird? „Wir

wollen doch keine KundInnen sein, und der Produzent ist wirklich an unserem Wohlergehen interessiert“, könnte die Antwort lauten, und das mag auch zutreffen.

Ein plakatives Gedankenexperiment hilft, die Frage nüchtern zu betrachten: Würde man die Produkte der CSA auch kaufen, wenn der Produzent ein unkommunikativer Griesgram wäre, der weder eine Website betreibt noch Rezepte in die Lieferkiste legt, keine Feste veranstaltet und auch sonst keine Anstalten macht, etwas anderes zu tun als Gemüse zu produzieren? Und umgekehrt: Würde eine solche Produzentin dann genügend Absatz für ihre CSA-Produkte finden?

Tupperware ist ein krasses Beispiel, doch es zeigt, dass Gefühl und Beziehungen auch von kapitalistischen Betrieben eingesetzt werden. In einer Marktwirtschaft dienen Beziehungen letztlich eben zumeist auch ihr selbst: der Marktwirtschaft, und dem Zwang, Einkommen zu erzielen.

Man kann diese Fragen noch ein wenig zuspitzen:

- Bekommen auch die zu essen, die nicht zahlen können?
- Können sich nur GutverdienerInnen eine CSA „leisten“?
- Gibt es Privateigentum an Grund & Boden, an Maschinen?
- Wie würde das Projekt auf Peak Oil oder die nächste Bankenkrise reagieren?

Momentan scheint noch nicht klar, welche Richtung die CSA-Bewegung letztlich einschlagen wird. Wesentlich für eine positive Entwicklung von CSA im Sinn Solidarischer Ökonomie ist jedenfalls das Hinterfragen der Strukturen, die das Handeln in den Projekten bestimmen. Nur so könnte es im längeren Zeitverlauf und im größeren Kooperationszusammenhang gelingen, kapitalistische Strukturen und Prägungen zu überwinden. Das wäre für eine Solidarische Landwirtschaft vonnöten.

Die CSA-Bewegung ist in emanzipatorischer Hinsicht – wie jeder solcher Ansatz – ambivalent. Die Frage entbehrt nicht einer gewissen Berechtigung, ob die CSA insgesamt, als gesellschaftliche Tendenz, nicht auch eine Art des „vertieften Neoliberalismus“ ist, die Privatisierung von Agrarpolitik und eine Überwälzung von Risiken der Lebensmittelversorgung auf die KonsumentInnen auf ihre Weise vorantreibt, und deren soziale Ungleichheit hinsichtlich Geld und Zeit fortschreibt.

Ebenso relevant ist die Frage, ob CSA-Projekte nicht mitunter auf sinnvolle Größenvorteile und eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen Betrieben verzichten. Was heutigen CSA-Projekten in dieser Hinsicht als „vernünftig“ gilt, setzt ja (relativ hohe) Geldeinkommen der KonsumentInnen voraus, die auf bestimmte Vorteile der Arbeitsteilung verzichten können, weil sie es sich im wahrsten Sinn zu leisten vermögen. Sie konsumieren zudem wohl in der Regel viele Nahrungsmittel jenseits des in CSA-Betrieben üblichen Gemüse-Schwerpunkts, um ihren Kalorien- und Proteinbedarf zu decken. Diese werden konventionell, auf einem hohen Niveau nicht nur von Maschineneinsatz, sondern auch von Arbeitsteilung produziert und kaum auf Höfen, die quasi „alles machen“ und „alles anbauen“.

Die CSA-Betriebe wiederum setzen zum Teil durchaus Lohnarbeit ein, die zudem schlecht bezahlt ist (wenngleich, wie in einem mir bekannten Beispiel, im kollektivvertraglichen Rahmen) und die Arbeit auch der Eigentümer erinnert mitunter an die für traditionelle bäuerliche Betriebe typische Plackerei. An all diesen Aspekten ist zu sehen, dass eine Rücknahme von Arbeitsteilung und damit der Produktivität in einer Marktwirtschaft buchstäblich ihren Preis hat. In einer Wirtschaftsweise jenseits des Marktes verlängert eine Rücknahme der Arbeitsteilung zwischen und innerhalb von Betrieben jedenfalls die Arbeitszeit und intensiviert die physische Anstrengung. Dies gilt auch für die Marktwirtschaft, mit dem Unterschied, dass sich dies dann in höheren Preisen ausdrückt.

Manchmal steht hinter dem Wunsch, möglichst viel „selbst“ machen zu wollen und „ursprünglich“ oder „autark“ zu produzieren wohl eher das Bedürfnis nach menschlicher Nähe und Naturerfahrung; vielleicht auch die Suche nach einer Unabhängigkeit von der krisenhaften kapitalistischen Gesellschaft, die jedoch eher in größeren als in kleineren Zusammenhängen aufgebaut werden könnte. Es ist eine Art optischer Täuschung, wenn man „klein“ mit „krisensicher“ assoziiert. Tatsächlich waren auch vor dem Kapitalismus relativ krisensichere Gesellschaften niemals nur lokal organisiert. In Teilen Afrikas mit instabilen Klimabedingungen etwa waren Austauschbeziehungen über Regionen hinweg von großer Bedeutung (die erst der Kolonialismus zerstört hat).

In einem kleinen, auf sich gestellten Projekt genügt eine einzige Missernte, die Erkrankung des Produzenten oder sonst eine Unwägbarkeit für eine potenzielle Krisensituation. Das gilt für eine herkömmliche, marktorientierte CSA ebenso wie für eine Initiative nicht-kommerzieller Landwirtschaft. Normalerweise werden die KonsumentInnen in diesem Fall auf den Supermarkt ausweichen und die Produzentin hoffentlich auf eine Versicherung zurückgreifen können. Die Vorfinanzierung der Produktion auf der Ebene des Einzelbetriebs wie im idealtypischen Modell der CSA, bietet keinerlei Versicherung gegen Risiken für die Konsumierenden. Dieser Ansatz unterschreitet das Niveau der Kooperation der Produzierenden in Versicherungen etwa gegen Hagel.

Schon an diesem einfachen Beispiel ist also zu sehen, dass Krisensicherheit auf jeden Fall eine Kooperation in einem Maßstab voraussetzt, der weit größer ist als eine einzelne CSA.

Das liegt auch auf der Hand, wenn man an heute relativ einfache Produktionsmittel wie Traktoren denkt, die wohl

niemand mehr missen will, solange nicht gewichtige Gründe dagegen sprechen. Im weitesten Sinne ästhetische Erwägungen sind wohl kaum gewichtig, wenn man sich praktisch vor die Alternative gestellt sähe, selbst die Arbeit zu machen, die ein Traktor ersetzt. Der Biolandbau weist in der Regel einen höheren Grad an Maschineneinsatz auf, weil das Unkraut mechanisch oder thermisch bekämpft wird. Die Kritik an „Maschineneinsatz“, die bei manchen CSA-Projekten mitschwingt, verdankt sich deren Gemüse-Schwerpunkt, und selbst ein Gemüseacker ist allein von Hand aus nur mit großer Mühe zu bearbeiten. Freilich wären auch Ochsen oder Pferde eine Alternative, die allerdings den Arbeitsaufwand erhöhen und die Produktivität deutlich absenken.

Ein gewisses Maß körperlicher Betätigung ist zweifellos nicht nur vorteilhaft, sondern angenehm. Und es ist klar, dass es kein müheliges Leben gibt. Allein die in Fitnessstudios oder beim Joggen verbrachte Zeit ergäbe schon ein ansehnliches Potenzial an Feldarbeit, die wohl auch an sich attraktiver ist als Gewichte zu heben oder stur vor sich hin zu laufen [1]. Doch wenn man sich vor die Wahl gestellt sähe, zum Beispiel einem Ochsen hinterherzugehen zulasten von Lektüre, Musik oder der Geselligkeit, was die Folge einer deutlichen Rücknahme der Produktivität gesamtgesellschaftlich durchaus sein könnte, erhielte die Frage der Arbeitsproduktivität sofort eine spürbare Dringlichkeit. Solange es die Möglichkeit der Wahl zwischen zum Beispiel ausschließlicher Handarbeit, dem Einsatz von Ochsen oder Traktoren gibt, und CSA-Projekte an Solidarischer Landwirtschaft als gesellschaftlicher Perspektive interessiert sind, sollte sie auch in dieser Hinsicht erwogen werden.

All diese Aspekte betreffen die Frage, inwieweit CSA-Projekte Schritte zu einer gesamtgesellschaftlichen Alternative zur heute üblichen Landwirtschaft sein können. Eine der wichtigsten Fragen in diesem Zusammenhang aber ist, ob CSA wirklich die im Kapitalismus vorherrschende Form der Landwirtschaft überwinden kann, solange sich der Boden, das wichtigste agrarische Produktionsmittel, im Privateigentum befindet: entweder der Betriebe selbst oder der Verpächter. Pachtverhältnisse sind von Haus aus auch ungleiche Abhängigkeits- und Machtverhältnisse und gehen mit Solidarität schwer zusammen.

► Die zwei Dimensionen der CSA und ihre vielen Formen

Für eine genauere Diskussion verschiedener Formen von CSA scheinen zwei Dimensionen wichtig, die in den Motiven der Konsumierenden immer wieder auftauchen: Beziehung und Gleichheit. Man kann CSA-Projekte einerseits entlang einer Achse abnehmender Bedeutung von Marktverhältnissen anordnen. Diese Achse spiegelt zugleich eine zunehmende Bedeutung von Solidarität und Kooperation. Denn Solidarität ist das Gegenteil des Marktes. Sie wird dort stärker, wo der Markt schwächer wird und umgekehrt.

Andererseits lassen sich verschiedene Projekte auch entlang einer Achse zunehmender sozialer Gleichheit sortieren: von einer Situation, wo allein die Eigentümerin oder der Eigentümer eines Betriebs Entscheidungen trifft bis zu einem Projektzusammenhang, wo alle Beteiligten gleichermaßen in Entscheidungsprozesse eingebunden sind. Diese Achse zeigt die Abbildung unten.

□

An dem einen Ende von Ungleichheit und Markt befindet sich das recht konventionelle Schema des „Bio-Kisterls“. Es beruht auf Anonymität und die Lieferung ist jederzeit kündbar. Viele würden diesen Ansatz vermutlich gar nicht zur CSA zählen, doch scheint die Grenze zu einem Modell von „Bio-Kisterl“, das einen gewissen emotionalen Bezug zum Produzenten beinhaltet, eher graduell. Und solche Projekte sind wohl eine relativ verbreitete, vielleicht sogar die dominierende Form von CSA.

Die idealtypische CSA geht freilich einige Schritte weiter in Richtung von mehr Gleichheit in der Produktion. Relevant sind in dieser Hinsicht die Risikostreuung über eine Vorfinanzierung des Betriebs, die Möglichkeit der Mitarbeit der Konsumierenden, und ein gemeinsamer Produktionsplan.

Der Ansatz der CSA hat sich zuerst in den USA herausgebildet. Sie war vom japanischen SEIKATSU-Club inspiriert, einer sehr großen Vereinigung von ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Kooperativen im Lebensmittelsektor. In den USA gibt es inzwischen auch CSAs, die über das Land des CSA-Betriebs verfügen. Michael Lewis und Pat Conaty beschreiben in ihrem Buch „The Resilience Imperative“ (2012) detailliert das Arrangement dieses speziellen Ansatzes.

Land gehört dabei einem Community Land Trust (CLT), einer Landstiftung. Der CLT ist Eigentümer von landwirtschaftlichem Grund, der an Landwirten verpachtet wird. Ein Beispiel dafür ist die Indian Line Farm in Massachusetts. Es handelt sich um eine der ersten CSAs in den USA überhaupt. Das Land dieser CSA gehört einem CLT. Der CLT kaufte es mit Hilfe von Mitgliedspenden nach dem Tod des Bauern, mit dem zusammen die CSA aufgebaut worden war.

Der CLT hat vertraglich festgelegt, dass auf seinem Land die Prinzipien der CSA eingehalten werden müssen. Nachdem der Nachfolger des ersten, inzwischen verstorbenen Bauern den Hof lediglich pachtet, an den eigenen Investitionen jedoch Anteile hält, hat er auch einen Anreiz, so die Idee, den Hof durch private Investitionen zu erhalten und zu verbessern. Der CLT hat vertraglich die Möglichkeit, die Investitionen des Landwirten im gegebenen Fall zu den

Ersatzkosten zurückzukaufen und sie wieder zum selben Preis an eine andere Landwirtin zu verkaufen.

Einen vergleichbaren Ansatz verfolgt das relativ große, seit 2003 bestehende Netzwerk Terre de Liens in Frankreich [2]. Terre de Liens beinhaltet einen Fonds, der sowohl Geldspenden als auch Hofschenkungen verwaltet und die Mitarbeit von Freiwilligen koordiniert. Momentan verfügt Terre de Liens über rund 80 Höfe in ganz Frankreich und unterstützt 50 weitere landwirtschaftliche Projekte. Käufe werden über Geldbeträge finanziert, die Mitglieder einbringen. Die Höfe im Eigentum von Terre de Liens werden an Bäuerinnen und Bauern verpachtet, die ökologisch produzieren.

Ein wichtiges Ziel von Terre de Liens ist unter anderem, die Verschuldung von Landwirtnnen zu verhindern, die häufig große Summen für den Kauf eines Betriebs ausgeben müssen. Zudem soll ein Brachliegen von Betrieben verhindert werden indem das Netzwerk die fortdauernde Nutzung der Höfe und ihrer Flächen garantiert. Terre de Liens ist unabhängig von den in Frankreich weit verbreiteten CSAs (so genannte AMAPs) entstanden. Inzwischen gibt es jedoch erste Erfahrungen CSAs im Rahmen von Terre de Liens zu entwickeln.

Am anderen Ende von Gleichheit und Beziehung in unserem Diagramm befinden sich Beispiele nicht-kommerzieller Landwirtschaft. Solche Ansätze können auf gepachteten Flächen realisiert sein oder auf Flächen, die im kollektiven Eigentum der CSA-Gruppe stehen. Ein Beispiel für den ersten Fall ist ein Kollektiv in Deutschland, das Jan-Hendrik Cropp beschrieben hat [3]. Die Initiative „Bodenfreikauf“ in der Steiermark zielt auf nicht-kommerzielle Landwirtschaft mit Kollektiveigentum am Boden [4].

► Die Problematik des Bodenmarktes

Je nach Motivation zur Teilnahme an einer CSA könnte einem der Anspruch etwas übertrieben scheinen, vom individualisierten Privateigentum am Boden loszukommen. Muss denn das sein? Hat Solidarität wirklich so viel mit den Eigentumsverhältnissen zu tun? Kurz gesagt: Ja, sie hat.

Das fängt schon einmal damit an, dass nicht alle Menschen, die Zugang zu Boden benötigen, diesen Zugang auch erhalten. In der Marktwirtschaft muss für diesen Zugang bezahlt werden. Und die Zahlungsfähigkeit verteilt sich höchst ungleich, wie wir wissen.

Der Umstand, dass die Ressource Boden zuerst durch das Nadelöhr des Marktes hindurch muss, führt zu anwachsendem Elend und Verzweiflung, die immer häufiger im Selbstmord endet, inzwischen nicht mehr nur in Ländern wie Indien, sondern auch in Europa. Dies gilt für die Wohnungsfrage, so sind etwa in Spanien die Selbstmorde aufgrund von Deregulierung stark angestiegen. Und das gilt für die Agrarfrage, wo insbesondere in Indien das „Bauernsterben“ eine schreckliche Bedeutung hat.

Diese Entwicklungen lassen sich zwar insofern nicht alleine auf das Privateigentum an Boden zurückführen, als noch ein Faktor hinzutreten muss: zu niedrige Einkommen aus den Bodenerträgen für die Höfe; und zu niedrige Einkommen aus Lohnarbeit für die Deckung von Wohnkosten. Allerdings hängen die Notwendigkeit eines Geldeinkommens auf der einen Seite und die Existenz eines Bodenmarktes auf der anderen historisch und strukturell eng zusammen. Historisch war der Bodenmarkt Voraussetzung der Marktwirtschaft. Erst die Enteignung großer Teile der bäuerlich Produzierenden zwang Massen von Menschen in das Joch der Lohnarbeit, schuf Märkte für Konsumgüter und zwang die verbleibenden Höfe zur vorrangigen Produktion für den Markt.

Strukturell gesehen gilt: Es wäre schwer vorstellbar, dass in einer Gesellschaft ohne Marktwirtschaft der Bodenmarkt fortbesteht. Umgekehrt ist kaum denkbar, dass der Bodenmarkt zwar überwunden würde, die Marktwirtschaft mit Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt etc. aber weiter existiert. Dazu unten noch einige Überlegungen mehr.

Das also ist der Gesamtzusammenhang einer Gesellschaft, die dazu führt, dass viele Bäuerinnen und Bauern ihre Betriebe aufgeben. Menschen, die Landwirtschaft betreiben wollen, kommen gar nicht erst dazu einen Hof zu erwerben. Wir alle schließlich brauchen ein Dach über dem Kopf und erhalten das nicht einfach, weil wir existieren, sondern nur wenn wir auch das nötige Geld dafür aufbringen.

Geld aber erhalten wir nur, wenn eine auf Wachstum orientierte Wirtschaft auch Profit erwartet und uns als „Arbeitskräfte“ in ihrer Maschinerie einspannt – und wir das zulassen.

Die durchschnittlichen Wohnkosten bestehen zum erheblichen Teil aus den Kosten für den Boden, laut Michael Lewis und Pat Conaty zumindest im angelsächsischen Raum zumeist bis zur Hälfte. Und diese steigen noch dazu in den letzten Jahren massiv, auch in Österreich. So zeigt eine Studie von immobilien.net, dass die Grundstückspreise in Österreich allein in den letzten fünf Jahren um 20% gestiegen sind [5]. Nur damit wir auf der Erde sein dürfen, müssen wir also ihren so genannten Eigentümern bezahlen: und zwar viel. Was für eine irre Situation.

Ein nicht unerheblicher Teil des Preises aller bodengebundenen Produkte – und in gewissem Maße sind alle Produkte oder Teile ihres Herstellungsprozesses bodengebunden – resultiert aus der Bodenrente. Diese Rente ist eine Art „Maut“, die dafür bezahlt werden muss, dass überhaupt der Zugang zu Land und in Folge seiner Produkte freigegeben wird. Sie steigt in den letzten Jahren drastisch.

Schwer wiegt auch der einengende Charakter des Bodenmarktes für jede Art bewusster Gestaltung der Nutzung von Land. Der Bodenmarkt verhindert eine auf sozialer Gleichheit beruhende, partizipative, an den konkreten Bedürfnissen ausgerichtete Entscheidung über die Nutzung des Bodens. Stattdessen treiben Preise, Spekulation und Erpressung deren Entwicklung.

Würde der Bodenmarkt partizipativ und gleichheitlich reguliert, so wäre er kein Markt mehr. Denn dies würde bedeuten, dass Zahlungsfähigkeit kein Kriterium mehr sein dürfte, entweder indem gar keine Rücksicht darauf genommen wird, oder aber, indem alle mit gleichen finanziellen Mitteln ausgestattet würden. Damit aber würde ein Kernprinzip des Marktes selbst stillgestellt.

Zudem ist schwer vorstellbar, wie gerade der Bodenmarkt einer konkreten Planung weichen können soll, die sich an Nahrungsmittelbedarfen ausrichtet, während alle anderen Märkte keiner konkreten Planung unterliegen. Die Illusion, man könne den Markt planen, steht an der Wurzel des systematischen Auseinanderklaffens von Raumplanung und Raumentwicklung. Die Raumplanung sanktioniert im Grunde hauptsächlich die ohne sie stattfindende Entwicklung nachträglich.

Zwar wäre grundsätzlich denkbar, eine stärker an zum Beispiel konkreten Bedürfnissen der Landwirtschaft orientierte Regulierung des Bodenmarktes durchzusetzen, sogar über existierende Institutionen wie die Grundverkehrskommission. Historisch war das auch der Fall. Allerdings stehen solche Regulierungen immer in Widerspruch zur Marktwirtschaft. Sie wurden daher zuerst seit der neoliberalen Reaktion gegen die Krise der Marktwirtschaft bzw. des Kapitalismus ab den 1980er Jahren sukzessive aufgeweicht oder beseitigt und was davon blieb steht nun erneut unter Druck.

Früher dominante Vorstellungen einer schrittweisen „Einhegung“ des Kapitalismus durch staatliche Regulierungen sind allesamt daran gescheitert, dass der Staat eben kein vom Kapital unabhängiger Apparat ist sondern seine regulative Funktion gerade dessen Aufrechterhaltung dient. Von mehr Regulierung ist im Rahmen einer Marktwirtschaft also wenig Positives zu erwarten.

Damit in Zusammenhang steht die allgegenwärtige Spekulation mit Acker- und Siedlungsflächen, aber auch mit Immobilien. Wo es einen Bodenmarkt gibt, ist Spekulation kaum zu verhindern. Denn das spekulative Denken mit dem möglichen Gewinn im Blick ist ein inhärentes Merkmal des Marktes.

Die Bodenrente geht auch in die Preise und die Art der landwirtschaftlichen Produkte ein. Der Anteil der Bodenrente an den Wohnungs- und damit Lohnkosten kann für landwirtschaftliche Projekte relevant sein. In denjenigen CSA-Projekten nämlich, in denen in gewisser Weise Lohnkosten anfallen, zum Beispiel weil die Gruppe der KonsumentInnen „hauptamtlich Produzierende“ in der Art von Lohnabhängigen bezahlt anstelle eines landwirtschaftlichen Betriebs.

Auch diese Quasi-Lohnkosten müssen zu einem erheblichen Teil die Bodenrente abdecken, zum kleineren Teil für die Nahrungsmittel der ArbeiterInnen, die sie zukaufen müssen, zum größeren aber in Gestalt der Wohnkosten, die sie abzudecken haben.

Fazit: In der Marktwirtschaft richten sich Produktion und Verteilung nur nach der Zahlungsfähigkeit von Bedürfnissen aus. Dass Menschen essen müssen und gute Lebensmittel wollen reicht noch lange nicht. Eine Solidarische Landwirtschaft ist unter Marktbedingungen nur sehr eingeschränkt möglich.

► Markt oder Solidarität?

Jede CSA ist bis auf weiteres Teil einer kapitalistischen Gesellschaft. Je enger ihr Zusammenhang mit dieser, desto stärker sind die unvermeidlichen Widersprüche in alternativen Ansätzen. Das betrifft in besonderem Maße die üblichen Formen von CSA, wo Produktion und Verteilung geldorientiert erfolgen und kein Kollektiveigentum an Produktionsmitteln existiert. Dann wird der Widerspruch zwischen solidarischem Anspruch und marktwirtschaftlicher Realität besonders deutlich.

Während das Verhältnis zwischen Konsumierenden und der Produzentin mehr oder weniger solidarische Elemente aufweist, stehen beide Gruppen freilich unweigerlich und im überwiegenden Maße mit der kapitalistischen Wirtschaft in Kontakt, die gänzlich unsolidarisch agiert, wie die Abbildung unten zeigt.



Für die Konsumierenden und den kleinbäuerlichen Produzenten ist Geld ein Tauschmittel. Wenn Geld mit „G“ bezeichnet wird und die Ware, zum Beispiel ein Sack Erdäpfel, mit „W“, dann gilt $W - G = W$. Die Lohnabhängigen „verkaufen“ ihre „Ware“ Arbeitskraft (W) an kapitalistische Betriebe und erhalten dafür einen Lohn (G), der ihnen den Kauf der Lebensmittel (W) ermöglicht, unter anderem vom CSA-Betrieb. In diesem Konsumzyklus spielt Geld eine vermittelnde Rolle. Die Konsumierenden bezahlen die Lebensmittel, der Hof erhält ein entsprechendes Einkommen, das ihm die erneute Produktion ermöglicht, die Lieferung von Ware und wiederum ein Einkommen.

Eine Geldwirtschaft entsteht allerdings überhaupt nur in einer Gesellschaft, in der die Produktionsmittel Wenigen gehören und der Rest zur Lohnarbeit für die Eigentümer gezwungen ist. Das Geld ist daher kein neutrales Medium zur Erleichterung von Tausch. Warentausch existiert nur in einer Geldwirtschaft und das Geld ist ebenso Kapital für die Eigentümer wie es das notwendige Mittel für die Lebenshaltung der Lohnabhängigen und der kleinbäuerlichen Produzenten ist.

Die bestimmende Dynamik im Kapitalismus ist daher nicht $W - G = W$, sondern $G - W - G'$. G' bezeichnet dabei den Geldvorschuss der Produktion, der sich um den Gewinn vermehrt hat, also einen Profit erzielt. Dieser Kapitalzyklus bestimmt den Konsumzyklus, den Bäuerinnen bzw. Bauern und CSA-KonsumentInnen zwischen sich vollziehen. Dies deshalb, weil der Konsumzyklus nicht aus sich heraus existieren kann, sondern ein vom Kapitalzyklus abhängiges Moment darstellt.

Der CSA-Betrieb wirtschaftet, solange er keine Lohnarbeit einsetzt, nicht-kapitalistisch – denn Lohnarbeit ist das für den Kapitalismus charakteristische Produktionsverhältnis. Dennoch bleibt er Teil einer kapitalistischen Wirtschaft und auch die scheinbar „traditionelle“ kleinbäuerliche Landwirtschaft ist geschichtlich nur als Element einer kapitalistischen Wirtschaft zu verstehen. Was heute „traditionell“ wirkt, gehört genauso zur Moderne wie das „fabrikmäßig Moderne“.

Die Frage, ob der vom Geld vermittelte Konsumzyklus grundsätzlich auch auf sich gestellt existieren könnte, also unabhängig vom Kapitalzyklus, läuft auf die Frage hinaus, ob es eine nicht-kapitalistische Marktwirtschaft geben kann, eine Wirtschaft also, in der Geld ausschließlich Tauschmittel ist. Diese Frage wäre eine ausführlichere Diskussion wert. Hier nur kurz einige Argumente, die eine nicht-kapitalistische Marktwirtschaft als Perspektive eher unplausibel machen:

Erstens: Eine Überwindung des Kapitalismus, der Profitproduktion durch Vernutzung von Lohnarbeit, setzt sehr weitgehende und dauerhafte solidarische Beziehungen voraus, die sich in sozialen Kämpfen entwickeln und über solche Kämpfe als bestimmende gesellschaftliche Struktur durchsetzen. Solidarische Beziehungen sind jedoch das Gegenteil von Marktverhältnissen. Wenn der Entwicklungspfad einer Gesellschaft in hohem Maße das erreichbare Ziel bestimmt, dann stellt sich die Frage, warum eine solidarische Massenbewegung die unsolidarischen Trennungen, die der Markt setzt, weiter aufrecht erhalten sollte bzw. wie beides widerspruchsfrei zu vereinen wäre.

Zweitens: Eine nicht-kapitalistische Marktwirtschaft müsste jedenfalls auf Kooperativen ohne Lohnarbeit und mit kollektiver Entscheidungsfindung auf Augenhöhe beruhen, also auf demokratischen Genossenschaften. Und sie wäre von einer sehr weitgehenden Einkommensgleichheit charakterisiert. Als marktwirtschaftliche Betriebe würden die Genossenschaften jedoch gegeneinander konkurrieren müssen; sie sprächen sich ja nicht im Vorhinein über ihre Produktion ab. Wo Konkurrenz herrscht, gibt es Bankrotte – dies ist in einem Konkurrenzsystem sogar erwünscht. Soll diese Marktwirtschaft überhaupt nicht-kapitalistisch sein können, dürften Mitglieder bankrottierender Genossenschaften allerdings keine wesentliche Schlechterstellung erfahren.

Diese müssten also Sozialleistungen in Höhe des Durchschnittseinkommens beziehen, oder in anderen Genossenschaften Aufnahme finden oder erneut Produktionsmittel zur Gründung einer neuen Genossenschaft erhalten. Im ersten Fall ist nicht klar, warum Menschen dann überhaupt gegeneinander konkurrieren sollten. In einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft würden die Menschen wohl ohnehin eher kooperieren und den Markt zwischen sich abschaffen. Im zweiten Fall würden die konkurrenzkräftigsten Genossenschaften mit der Zeit immer größer. Da innerhalb eines Betriebs kein Markt existiert, würde die Gesellschaft tendenziell zu einer einzigen Genossenschaft – ohne Markt. Im letzteren Fall ist unklar, warum eine Gesellschaft zuerst einen Betrieb bankrott und seine Arbeit damit für sinnlos erklärt, nur um ihn erneut mit Produktionsmitteln auszustatten.

Abgesehen von diesen Grundsatzfragen ist klar: Solange ein Hof Produktionsmittel kauft und eventuell sogar Pacht bezahlt, bleibt er vom Kapitalzyklus abhängig und damit von den Krisen und Ungleichheiten des Kapitalismus. Dies gilt auch für die Konsumierenden, die ihre Geldmittel zur Unterstützung des CSA-Hofes ja mit Lohnarbeit bzw. prekärer „Selbstständigkeit“ erzielen müssen oder im seltenen Fall selbst von der Arbeit anderer profitieren, wenn sie Unternehmer sind).

Die Abhängigkeit vom Kapitalzyklus ist eine variable Größe, allerdings ist nicht ganz einfach zu sagen, ob sie heute größer ist als in früheren Phasen des Kapitalismus. Die Landwirtschaft eines Landes wie Tanzania zum Beispiel ist überwiegend nicht kapitalistisch organisiert. Zudem erreicht dort überhaupt nur ein kleiner Teil des Gesamtprodukts den Markt, geschweige denn den Weltmarkt.

Inputs wie Kunstdünger wurden in Tanzania in den 1970er Jahren, als der Staat den Düngereinsatz förderte, nur in bestimmten Regionen angewendet. Seit der neoliberalen Strukturanpassung ab den 1980er Jahren ging der Düngereinsatz aufgrund ausfallender Subventionen drastisch zurück. Wie schon vor 30 oder 50 Jahren bearbeiten rund 80 Prozent aller Bäuerinnen und Bauern ihre Felder mit der Haue, Ochsen werden nur selten eingesetzt und Traktoren sind eine Rarität. Saatgut wird überwiegend selbst vermehrt und Pestizide sind die Ausnahme, weil zu teuer.

Ohne Zweifel ist die tanzanische Landwirtschaft, deren Verbindung zur kapitalistischen Wirtschaft augenscheinlich nur dünn zu sein scheint, dennoch in hohem Maße von ihr bestimmt und auf ihr heutiges, für die Ernährung viel zu geringes Produktivitätsniveau hinabgedrückt worden. Hier spielen freilich – wie immer im Kapitalismus – staatliche Politiken eine wesentliche Rolle.

Es ist also nicht allein die Zurückdrängung des Marktes, die schon eine Lockerung der Abhängigkeit vom Kapitalzyklus ermöglicht. Allerdings bietet zum Beispiel der Ersatz von zugekauften Inputs durch Eigenproduktion sicher die Möglichkeit einer solchen Lockerung, vorzugsweise durch Produktion in kooperativen Einheiten, die möglichst wenig Produktionsmittel zukaufen müssen. Dazu unten mehr.

Festzuhalten ist: Im Gesamtzusammenhang der Marktwirtschaft zählt Solidarität grundsätzlich nichts. Jeder Versuch, den Markt zugunsten von Kooperation und Solidarität zurückzudrängen, stößt daher auf viele Hindernisse. Dennoch ist genau das im Anspruch der Solidarischen Landwirtschaft formuliert.

► Auflösung des Bodenmarktes

Grundsätzlich sind drei Ansätze zur Auflösung des Bodenmarktes denkbar, die historisch zum Teil koexistieren und für sich genommen noch keine solche Auflösung bedeuten: die Enteignung der Grundeigentümer durch den Staat, die Besetzung und der massenhafte Freikauf oder die Schenkung.

Die Verwaltung der landwirtschaftlichen Flächen im Zuge solcher Entwicklungen kann zwei grundsätzliche Wege einschlagen: entweder die Flächenverwaltung durch den Staat oder durch selbstorganisierte ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Initiativen. Es ist gut möglich, dass auch nach einer massenhaften direkten Aneignung von Land der Bodenmarkt fortbesteht. Diese Möglichkeit sei hier außer Acht gelassen, nachdem die Frage im Zentrum stehen soll, wie die Auflösung des Bodenmarktes durch Kollektiveigentum zur Weiterentwicklung Solidarischer Landwirtschaft beiträgt.

Die Enteignung von Land durch den Staat und eine nachfolgende staatliche Flächenverwaltung sind zweideutig. Ein solcher Prozess setzt voraus, dass es überhaupt einen Herrschaftsapparat gibt, den wir den Staat nennen. Wenn staatliche Enteignung einen gewissen emanzipatorischen Charakter haben soll, muss sie von starken sozialen Bewegungen auf der Basis von Gleichheit getragen sein. Andernfalls kann sie genausogut zu mehr Ungleichheit, ja sogar zu Hunger führen wie etwa in der Sowjetunion unter Stalin. Im Herrschaftscharakter jeden Staates liegt auch begründet, dass die staatliche Enteignung von Flächen Selbstorganisation eher erschwert als erleichtert.

Allerdings kann man staatliche Enteignungen auch nicht in Bausch und Bogen ablehnen. Es kommt sehr auf ihre konkrete Durchführung und die gesellschaftlichen Bedingungen an, unter denen sie stattfindet. So hat die Enteignung der Großgrundeigentümer durch den kubanischen Staat nach der sozialistischen Revolution die Grundlage für eine außergewöhnlich hohe Lebensqualität geschaffen. Obwohl das Pro-Kopf-Einkommen in Kuba viele Male geringer ist als etwa in den USA, ist die Lebenserwartung in Kuba durchschnittlich genauso hoch.

Die staatliche Enteignung der Großgrundeigentümer ist auch die Basis für die relativ glimpfliche Bewältigung des „künstlichen Peak Oil“, das Kuba nach dem Zerfall der UdSSR mit Hunger bedrohte. Kuba war in hohem Maße von Importen aus der Sowjetunion abhängig. Als diese nach 1989 ausfielen und das Land zudem von den USA ökonomisch sanktioniert wurde, ging die landwirtschaftliche Produktion drastisch zurück. Nordkorea erlitt infolgedessen eine Hungerkatastrophe mit Hunderttausenden Toten. In Kuba jedoch erlaubte die Abwesenheit privatkapitalistischer Strukturen erst die rasche Selbstorganisation der Nahrungsmittelproduktion durch Grassroots-Bewegungen. Freilich trugen auch andere Faktoren dazu bei, dass sich die Ernährungslage rasch stabilisierte.

Staatliche Enteignungen können auch kleinere Dimensionen haben. So hat die andalusische Regierung etwa erhebliche Flächen aus Großgrundeigentum enteignet. Diese Flächen werden unter anderem von Solidarischen Landwirtschaftsbetrieben wie in der Gemeinde Marinaleda oder im Fall des Hofs Somonte genutzt. Paradoxe Weise mussten beide Betriebe diese Flächen jedoch ihrerseits besetzen. Daran ersieht man nicht zuletzt die Zweideutigkeit staatlich dirigierter Maßnahmen zur Veränderung von Eigentumsverhältnissen. Der Staat bleibt immer auch ein Herrschaftsapparat.

Auch die Aneignung von Land durch Besetzung setzt eine starke soziale Bewegung voraus, die militant agiert und den legalen Weg negiert. Letzteres gilt nicht für Sonderfälle wie der brasilianischen Landlosenbewegung MST, die durch Besetzung von Land ihr verfassungsgemäßes Recht zur Inbesitznahme bracher Ackerflächen mit praktischem Nachdruck einfordert.

Aneignungsbewegungen sind vor allem dann erfolgreich, wenn die Regierung und die Klasse der Grundeigentümer geschwächt sind. Das Zusammentreffen dieser drei Faktoren ist keineswegs ausgeschlossen, wie das Beispiel Simbabwes zeigt. Die so genannte Fast-Track Landreform nach 2001 bestand im Wesentlichen aus massenhaften selbstorganisierten Besetzungen von Land weißer Farmen, die von der Regierung nachträglich legalisiert wurden. Diese spontane Landreform in Simbabwe wurde von den meisten Medien sehr kritisch kommentiert.

Tatsächlich ist sie aber eine der erfolgreichsten Landreformen nach dem Zweiten Weltkrieg. Während die Exportproduktion in ihrem Gefolge abnahm, stieg die Produktion für den Eigenbedarf. Der Zwang zur Lohnarbeit hat sich deutlich vermindert. Die verarmten Städter, die keine Lohnarbeit mehr finden, erhielten in Massen Zugang zu Land. Auch die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen und der LandarbeiterInnen hat sich dadurch verbessert, wenngleich in geringerem Maße.

Trotz einiger Zweideutigkeiten der Landreform in Simbabwe – so hat sich in ihrem Verlauf auch eine schwarze Schicht

von Großbauern herausgebildet – zeigt sie, dass sogar unter neoliberalen Bedingungen eine drastische Veränderung der Landverteilung zu mehr Gleichheit möglich ist. Dies kann nur unter Missachtung des Bodenmarktes und von Kauf und Verkauf geschehen. Freilich drängt eine solche Entwicklung noch nicht den Bodenmarkt als solchen zurück.

Die dritte denkbare Form einer Auflösung des Bodenmarktes sind Freikauf und Schenkung. Auch sie setzt, sofern sie politisch relevant sein will, eine starke soziale Bewegung voraus. Dieser Weg kann grundsätzlich nur einen ersten Ansatzpunkt für die Etablierung von Gemeingütern an Boden bieten. Würde eine starke soziale Bewegung über die nötigen Finanzmittel zum Bodenfreikauf verfügen, würden sofort die Preise steigen und ein massenhafter Freikauf würde in weite Ferne rücken. Praktisch scheitert eine solche Idee schon daran, dass die finanziellen Mittel der dafür ansprechbaren Kreise auch bei heutigen Preisen nicht für substanzelle Schritte reichen. Bei fortschreitender kapitalistischer Krise wie in Griechenland ist ein solcher Weg von vornherein nicht gangbar.

Bodenfreikauf ist daher mehr eine Taktik als eine Strategie. Wenn ein Stück Land dauerhaft dem Markt entzogen wird, indem eine Gruppe es kauft und per Vereinsstatut oder auf andere Weise vor dem Wiederverkauf schützt, dann kann das den Start Solidarischer Landwirtschaft erleichtern. Entsprechende politische Mobilisierung vorausgesetzt kann ein solcher Weg allerdings durchaus etwas mehr als eine Nische sein, wie die Community Land Trusts in den USA oder in England zeigen, die allerdings – kein Zufall – zumeist auch direkte oder indirekte staatliche Unterstützung erhalten.

► **Bodenfreikauf in der Praxis: das Projekt „Bodenfreikauf“ in der Steiermark**

Die [Gruppe „Bodenfreikauf“](#) [3] sucht eine Fläche in der Steiermark, die nicht-kommerziell bewirtschaftet werden soll. Die Fläche soll von einem Verein gekauft werden, der allen Mitgliedern ein Nutzungsrecht auf Lebenszeit im Grundbuch verbürgt (Fruchtgenussrecht). Der Verein soll in eine übergeordnete Struktur ähnlicher Projekte eingebettet werden, nicht zuletzt um einen möglichen Wiederverkauf besser verhindern zu können. Das [Hofkollektiv Wieserhoisl](#) [4] auf der Koralpe hat eine solche Struktur namens Co.Sy zusammen mit anderen bereits entwickelt. Der Wieserhoisl soll von den dort wirtschaftenden Menschen ebenfalls freigekauft werden.

Die Gruppe „Bodenfreikauf“ besteht momentan aus sieben Erwachsenen, wovon drei Beiträge zwischen 5.000 und 8.000 Euro einbringen. Angezielt ist eine Summe von rund 40.000 Euro um etwa 1 Hektar Ackerland kaufen zu können. Ein wichtiges Element der Initiative ist die Subsistenzperspektive. Die Erträge werden nicht verkauft, sondern zu 20% an andere verschenkt. Der Rest dient dem eigenen Konsum. Da 1 Hektar im Schnitt sieben Erwachsene bei veganer Ernährung ein ganzes Jahr voll versorgen kann, ist die Mitgliederzahl nach oben limitiert. Für etwa 15 Personen könnte 1 Hektar im Durchschnitt noch einen substanzellen Beitrag zur Ernährung leisten.

Die notwendigen Lagerräume könnten in der Stadt angemietet werden, vorzugsweise in Kooperation mit einer FoodCoop und anderen Initiativen. Die Gruppe erhofft nicht nur einen politischen Vorzeigeeffekt durch dieses Projekt, sondern auch einen kleinen Beitrag zu mehr Krisensicherheit. Freilich würde diese einen viel größeren Zusammenhang solidarischer Gruppen erfordern.

Zudem wird die eingebrachte Geldsumme dem Bankensystem entzogen. Das gilt allerdings nur für die Beitragenden. Die Summe insgesamt zirkuliert ja weiterhin im Marktsystem. Die Ressource Boden jedoch, und sei es auch nur ein kleines Stück Land, ist dauerhaft aus dem Markt genommen.

► **Eine realpolitische Strategie Solidarischer Landwirtschaft in Mitteleuropa**

Staatliche Enteignung, massenhafte direkte Aneignung und Flächenfreikauf können Teilstrategien auf dem Weg zu einer Solidarischen Landwirtschaft sein. Antworten auf die strategische Frage, wie CSA zu einer wirklichen Solidarischen Landwirtschaft weiterentwickelt werden kann, hängen freilich auch von den konkreten Eigentumsverhältnissen vor Ort ab, neben den sozialen Bewegungen und ihrer Durchsetzungsfähigkeit gegenüber dem Staat und den Grundeigentümern.

Die Verteilung von landwirtschaftlichem Grundeigentum in Österreich ähnelt in groben Zügen der in Frankreich. Neben einer dominierenden kleinbäuerlichen Landwirtschaft gibt es auch erhebliches Großgrundeigentum in Gunstlagen. Während letzteres nicht zuletzt durch EU-Subventionen ökonomisch prosperiert, dauert die Krise der kleinbäuerlichen Landwirtschaft an und könnte sich noch weiter verschärfen.

Im Unterschied zu Frankreich ist der Agraraktivismus in Österreich jedoch bislang schwächer entwickelt. Die Militanz sozialer Bewegungen ist in Frankreich generell stärker als hierzulande.

Das Hauptmotiv der ProduzentInnen eine CSA zu bilden ist die Sicherung des eigenen Betriebes. Kleinbäuerliche Höfe sind unter den gegebenen, auch politisch hergestellten Bedingungen zumeist nicht auf Dauer konkurrenzfähig. So gesehen gäbe es von der Seite der Produzierenden her das Potenzial zur deutlichen Ausweitung der heute für die meisten idealtypischen Form von CSA: mit Vorfinanzierung durch die Konsumierenden, die gelegentlich mitarbeiten und mitplanen, jedoch ohne Schritte zur Überwindung der Geldschanke, die alle Güter des Hofes passieren müssen.

Wie das Beispiel Frankreich zeigt, kann diese Ausweitung in weiterer Folge mit einer Bewegung zum Flächenfreikauf,

noch unterstützt durch Hofschenkungen, produktiv zusammenlaufen. Wesentlich scheint dabei jedoch die partizipative Verwaltung der Flächen auf der Grundlage sozialer Gleichheit. Andernfalls können Landstiftungen zu autokratischen Körperschaften werden. Dies ist ein wesentlicher Punkt, vergegenwärtigt man sich Überlegungen, solche Körperschaften mit Anlagekapital zu speisen, wie das der Demeter-Verband zusammen mit einer Reihe anthroposophischer Banken in einer jüngst veröffentlichten Studie tut [6].

Die Demeter-Studie spielt mit dem Begriff des „Flächenfreikaufs“, meint damit aber lediglich ganz normalen Kauf. Land soll nach ihrer Vorstellung von einer Stiftung mittels Anlagekapital akquiriert und dann verpachtet werden. Das hat mit einer demokratischen Form der Bodennutzung wenig zu tun und ist kein Schritt zur Auflösung von Marktstrukturen. Es handelt sich dabei vielmehr um eine wohlstandsgrün verbrämte Landkonzentration in der Hand von AnlegerInnen und Stiftungen.

Das Ziel ist für die Demeter-Studie nicht eine Auflösung der vom Markt gesetzten Trennungen zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen. Sie konzipiert vielmehr ein neues ungleiches Abhängigkeitsverhältnis, das sich nun „guten Gewissens“ mit dem Geld kleiner AnlegerInnen auf „regionalen Märkten“ speist: „Schließlich entspricht es auch modernem ‚assoziativem‘ Wirtschaften, wenn der Bauer nicht selbst Eigentümer der Flächen ist, sondern Kunden, Unterstützer, Freunde oder Anteilseigner ihm den Boden zur Bewirtschaftung zur Verfügung stellen. Der Bauer ist dabei in einem anderen Sinne frei, als wenn er auf Privateigentum wirtschaftet. Er wirtschaftet für einen Umkreis, der ihm im Gegenzug den Boden zur Verfügung stellt und ihm damit seine Existenz gewährleistet. Die Trägerstruktur muss daher außerlandwirtschaftliches Kapital für den Kauf von Pachtflächen für Ökobetriebe mobilisieren.“ (S. 91).

Warum nicht die Produzierenden genauso EigentümerInnen sind, weshalb Pacht zu bezahlen ist und wie die immer weiter wachsende soziale Ungleichheit zu vermindern ist, der Solidarische Landwirtschaft entgegentreten müsste, bleibt unklar. So markiert das Fazit der Demeter-Studie in etwa das Gegenteil einer emanzipatorisch orientierten Veränderung von Eigentumsverhältnissen, die letztlich nur ihre Auflösung bedeuten kann, was die Studie ja gerade nicht anzielt: „Die Konzentration auf die Förderung von Kulturlandhöfen bietet dem ethisch motivierten Kapitalanleger ein Investment mit hohem Zusatznutzen.“ (S. 93) Die Konzeption der Demeter-Studie führt zwar zu einer Ablösung überkommener Vorstellungen kleinbäuerlicher „Selbstständigkeit“, allerdings nur in dem Sinn einer anthroposophisch schaumgebremsten, dennoch kapitalistischen Quasi-Aktiengesellschaft.

Wie also kann im Unterschied zu solchen Vorstellungen CSA einen Transformationsweg hin zu Solidarischer Landwirtschaft eröffnen? Und zwar unter den in Österreich im Besonderen und Mitteleuropa im Allgemeinen vorherrschenden Bedingungen, die sich von den Verhältnissen im globalen Süden, wo häufig die große Mehrheit der Menschen landwirtschaftlich tätig ist, deutlich abhebt?

Führen wir uns dazu die Struktur der Beziehung in einer CSA nochmals vor Augen: In der heute idealtypischen Form der CSA spielt de facto die Solidarität der KonsumentInnen mit den Produzierenden die Hauptrolle. Die KonsumentInnen verzichten auf Kostenvorteile, tragen eigene Arbeit bei, übernehmen einen Teil des Risikos der Betriebe und zum Teil auch Verwaltungsarbeiten. Die Produzierenden erfahren dadurch einige Erleichterungen, zumindest sofern sie tatsächlich auch Aufgaben an die CSA abgeben, was nicht alle Höfe gerne tun.

Dies bedeutet zweierlei: Erstens schränkt es den Kreis der CSA-TeilhaberInnen tendenziell auf privilegierte Bevölkerungsgruppen ein. Zwar bleibt noch auszuloten, welches Preisniveau ein CSA-Betrieb erreichen kann, wenn er auf gutem Standort technisch optimal wirtschaftet. Schließlich fällt der Zwischenhandel komplett aus. Im Schnitt sind die Lebensmittelpreise in der jüngeren Vergangenheit gestiegen und die Einkommen der Bauern gesunken. Zwischen diesen beiden Tendenzen hat sich eine Schere aufgetan, die den wachsenden Profit des Zwischenhandels speist. Im Grunde sollte es möglich sein, sofern der Betrieb auf herrschendem Produktivitätsniveau wirtschaftet, die Preise der Lebensmittel in einer CSA zumindest auf Supermarktniveau zu halten und zugleich den Bäuerinnen und Bauern ein höheres Einkommen zu ermöglichen.

In der Praxis haben jedoch vor allem unterproduktive Betrieb die größten ökonomischen Schwierigkeiten und damit auch den stärksten Anreiz sich einer CSA zu widmen. Die potenzielle Möglichkeit bleibt dann wohl zumeist Theorie. Nur angemerkt sei hier, dass das Unterschreiten des herrschenden Produktivitätsniveaus verschiedene Gründe haben kann, etwa von weniger produktiven Standorten über geringe Arbeitsteilung bis hin zum Verzicht auf synthetischen Dünger.

Zweitens bedeutet die Struktur einer CSA, dass der Hof an marktwirtschaftlich definierter „Selbstständigkeit“ einbüßt und sich potenziell mehr in soziale Beziehungen einbettet. Er wird zu einem wichtigen Teil von den KonsumentInnen aktiv unterstützt [7], noch dazu unter gewissem Verzicht auf bestimmte Vorteile, die der Markt bieten würde. Diese Entwicklung ist möglicherweise politisch für eine Solidarische Landwirtschaft relevant. Denn mit der Abhängigkeit des Hofes von direkten sozialen Beziehungen wächst auch die Möglichkeit der Mitsprache und der gemeinsamen Gestaltung.

Das soziale Kräfteverhältnis zwischen Lohnabhängigen und den Bäuerinnen bzw. Bauern, das sich ansonsten hochgradig vermittelt über den Markt und die vielen darin involvierten Akteure ausdrückt, kommt hier in eine direkte Konfrontation. Als konfrontativ versteht sich CSA in der Tat nicht, die demgegenüber ja gerade Kooperation und Solidarität betont und auch lebt.

Doch ist diese Kooperation wie zu sehen war durch den Markt gebrochen und die Solidarität durch die Einbindung von Produzent wie KonsumentIn in den Kapitalzyklus arg limitiert. Nüchtern betrachtet bleiben deshalb auch CSAs in das

Machtverhältnis zwischen diesen beiden sozialen Klassen vorerst einmal eingebunden, auch wenn man davon wegkommen will.

Dieses Machtverhältnis war lange Zeit nicht spürbar, ist aber manchen noch aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Erinnerung, als Nahrungsmittel nur zu Wucherpreisen oder gegen Naturalien oder Arbeitsleistung in der Art von Knechtschaft zu haben waren. In einer Situation einer sich verschärfenden Krise wird die Verfügung über Land wieder wichtiger werden. In Ländern wie Griechenland ist dies längst für viele eine Überlebensfrage. Wer über Land verfügt, entgeht dem Hunger. Wer den Job verliert und das Pech hat in der Stadt zu leben, ist davon jedoch bedroht.

Die alleinige Verfügungsmacht der Höfe über ihre Produktionsmittel nimmt in dem Maße potenziell ab, als ihre Produktion in der CSA nun ersichtlich von der Mithilfe und der Subvention durch die Konsumierenden abhängt. Unter gewissen Voraussetzungen könnte diese strukturell neue Situation dazu führen, dass Konsumierende mehr Eingriffsrecht und Teilhabe einfordern. Ökonomisch wären sie dazu ähnlich legitimiert wie als Lohnabhängige in ihren Betrieben oder AktionärInnen in ihren Aktiengesellschaften. Ohne diese grundverschiedenen Rollen hier gleichsetzen zu wollen: was sich darin ausdrückt ist die materielle Fundierung von demokratischer Mitbestimmung.

Selbstverständlich kann diese Möglichkeit auch ungenutzt bleiben, wie gerade die Lohnabhängigen in ihrer überwiegenden Zahl illustrieren.

Keinesfalls sollte man sich über die bei vielen, vermutlich den meisten Bäuerinnen und Bauern fest verankerte Ideologie der „Selbstständigkeit“ hinwegtäuschen. Unter kapitalistischen Bedingungen gilt die Bäuerin geradezu als paradigmatische Kleinunternehmerin und versteht sich zumeist auch so. Der „eigene Hof“ ist ja in der Tat die materielle Basis einer gewissen Autonomie. Viele Bauern fühlen sich daher heute auf den Status von Subventionsempfängerinnen wider Willen reduziert. Das politische Ziel vieler Kleinbäuerinnen und -bauern, vom Preis der eigenen Produkte auch leben zu können, das heißt auf Subventionen zu verzichten, drückt neben anderen Motiven wohl auch den Wunsch aus, „eigenständig“ und „ehrlich“, sozusagen „von eigener Hände“ Arbeit leben zu können. Die Subvention wird als künstlicher Eingriff erlebt, der Preis solle demgegenüber „die Wertschätzung“ gegenüber dem Produkt ausdrücken und irgendwie „wahr“ sein.

Die CSA kann diese Illusion in zweierlei Hinsicht zumindest potenziell aufweichen und damit zur Weiterentwicklung Solidarischer Landwirtschaft beitragen: sie zeigt praktisch die Abhängigkeit nicht nur des Konsumenten von der Produzentin, sondern auch die Abhängigkeit des Betriebs von der Solidarität der Konsumierenden. Damit kann sie die Illusion der „selbstständigen Produktion“ unterminieren, die eine hegemoniale Vorstellung im Kapitalismus ist und ihn legitimiert.

Es ist zudem schwer einzusehen, warum gerade die Erde einer kleinen Gruppe von Menschen oder gar ein paar Stiftungen gehören soll, die selbst nicht von allen Menschen, sondern von AnlegerInnen getragen oder gebildet werden. Zwar sind die Kleinbäuerinnen und -bauern angesichts von Kirche, Staat und Großgrundeigentum dabei sicherlich der geringere Faktor, aber auch einer, der die Hegemonie des Privateigentums an Grund und Boden mit aufrecht erhält, die allgemeine Akzeptanz also, dass das so seine Richtigkeit und Ordnung hat. Hier unterscheidet sich die strategische Lage deutlich von zum Beispiel Afrika, wo zumeist (differenzierter) kleinbäuerlicher Besitz vorherrscht, jedenfalls der bei weitem überwiegende Teil der Bevölkerung Landwirtschaft zur Subsistenz betreibt.

Freilich gehört noch Weiteres zu einem Prozess Solidarischer Landwirtschaft, an erster Stelle eine Antwort auf die Frage, wie Menschen zu CSA-Nahrungsmitteln kommen, die nicht über Zeit und Geld verfügen. Viele arm Gemachte leiden unter einem drastischen Mangel an beidem. Die notwendige Antwort lässt sich nicht einfach auf die klassische Forderung nach höheren Löhnen reduzieren.

Diese Forderung ist zwar in gewissem Sinne nach wie vor richtig. Sie setzt jedoch gerade eine vergrößerte Autonomie der Lohnabhängigen voraus. Sich auch teilweise unabhängig vom Kapital reproduzieren zu können ist zum Beispiel eine Voraussetzung um wiederkehrende und langfristige Streiks durchzufechten zu können.

In Hinblick auf die notwendige Alternative zum kapitalistischen System insgesamt reichen Lohnforderungen sicherlich zu kurz, weil Löhne das Kapital voraussetzen. Die Entwicklung Solidarischer Landwirtschaft müsste also vielmehr mit der Entwicklung von Aneignungskämpfen der Lohnabhängigen zusammengedacht und auch praktisch zusammengebracht werden. Eine Lösung in der Art von „dann müssen die KonsumentInnen eben höhere Löhne fordern“ ist zu wenig um der sozialen Ungleichheit der auf Lebensmittel angewiesenen Menschen entgegenzutreten und alle gleichberechtigt in Solidarische Landwirtschaft einzubinden.

Eine sukzessive vergrößerte Mitsprache von CSA-Konsumierenden im Betrieb und eine Koppelung mit Initiativen der Überführung von CSA-Flächen in Gemeineigentum, das auf der Basis sozialer Gleichheit und jenseits repräsentativer Strukturen verwaltet werden müsste, sind noch nicht alle Komponenten einer Strategie Solidarischer Landwirtschaft in Verhältnissen wie in Österreich.

Die dritte Komponente ist davon relativ unabhängig, würde jedoch erst im Zusammenspiel mit den beiden zuvor genannten ihre größte Wirkung entfalten: der Aufbau von Kooperativen im Vorleistungsbereich der landwirtschaftlichen Betriebe. Eine solche Bewegung setzt eine schon große Zahl von CSA-Betrieben und entsprechendes politisches Bewusstsein sowohl bei den Produzenten als auch bei den KonsumentInnen voraus. Mit ziemlicher Sicherheit müsste sie auch eine Reihe juristischer Hindernisse bewältigen, die der Staat der kooperativen Selbstorganisation jenseits der

verrosteten und konservativ-hierarchischen Genossenschaftsstrukturen entgegengesetzt, wie sie etwa der Österreichische Genossenschaftsverband und – noch krasser – der Raiffeisenverband verkörpern.

Unmöglich wäre eine solche Entwicklung jedoch nicht. Synthetische Düngemittel oder Pestizide, so sie zum Einsatz kommen sollen, sind schwer in Kooperativen herzustellen, können aber in Einkaufsgenossenschaften bezogen werden [8]. Saatgut könnte von den Betrieben in sinnvoller Arbeitsteilung produziert und ohne monetären Tausch wechselseitig weitergegeben werden. Dies wäre ein zentrales Element einer Gegenbewegung zur Einhegung der Gemeingüter durch den Kapitalismus und wird zum Beispiel von Jack Kloppenburg im Konzept der „Open Source Seeds“ angesprochen (www.grain.org/ [5])

Denkbar wäre auch, die Ergebnisse der Initiative „Open Source Ecology“ auf ihre Anwendbarkeit in der Praxis zu befragen. Sollte die lokale Herstellung von einfachen landwirtschaftlichen Maschinen wirklich möglich sein, wäre auch die Etablierung von kooperativen Maschinenfabriken in Reichweite.

Die Auflösung der Illusion der Selbstständigkeit der Produzierenden bietet unter der Voraussetzung von mehr substanzIELLER Mitsprache der KonsumentInnen noch eine weitere Perspektive. Die Praxis der CSA könnte auch zur eigentlich naheliegende Frage inspirieren, warum nur auf der Ebene des Einzelbetriebs eine Planung der Produktion im Voraus erfolgt. Solange man eine gewisse Rolle von Marktverhältnissen unterstellen will, führt dies auch zur Frage, warum nur die einzelne CSA auf sich gestellt eine Vorfinanzierung bewerkstelligen soll; vor allem, wenn man die oben angesprochenen Risiken für die Konsumierenden bedenkt. Eine Kooperation zwischen CSAs, wie sie sich etwa im Rahmen der französischen AMAPs entwickelt, würde auch eine praktische Antwort auf diese Frage erlauben. Gerade bei Lebensmitteln wäre es sogar leicht möglich, die Jahresproduktion einer ganzen Region im Voraus zu planen, ausgehend von den Bedürfnissen der Konsumierenden.

Solche Fragen und daraus folgende Antworten setzen vermutlich voraus, dass Bedürfnisse nach der persönlichen Verbindung mit einem bestimmten Betrieb, die wohl häufig, neben anderen Gründen, zur Teilnahme in CSA-Projekten motivieren, zugunsten gesamtgesellschaftlich sinnvoller Kooperation in anderer Form Erfüllung finden als in einer bloßen Erweiterung der „Selbstständigkeitsillusion“ durch parziale Hereinnahme einer Gruppe von Konsumierenden in das Betriebsgeschehen; oder in einer paternalistischen „Teilhabe“ eines Anlegers am Betrieb wie die Demeter-Studie es beschreibt.

Anleihen könnte eine solche Bewegung am teilweise weitreichenden Genossenschaftswesen noch der Zwischenkriegszeit nehmen. Damals wie heute steht ein Klassenbündnis zwischen Bäuerinnenschaft und Lohnabhängigen auf der Agenda, das zu einer Aufhebung dieser Klassen, das heißt des monetär zwischen ihnen vermittelten Tausches sowie der damit gesetzten Eigentumsverhältnisse und ungleichen Abhängigkeitsverhältnisse führen müsste.

Saturnino Borras und Jennifer Franco formulieren eine vergleichbare Zielrichtung als eine Forderung nach „Landsouveränität“. Das Konzept soll die schon seit Längerem von La Via Campesina und anderen propagierte Ernährungssouveränität ergänzen [9]. Sie stellen dieses Konzept in den Rahmen einer Bewegung für eine Einhegung von Ressourcen „von unten“, darunter Land. Die Gesellschaft solle sich Ressourcen (wieder) aneignen, die heute vermehrt von Staat und Kapital eingehetzt werden.

Ein solches Bündnis zwischen Lohnabhängigen und Bäuerinnenschaft jedenfalls würde auf die tendenzielle Aufhebung des strukturellen Konflikts zwischen diesen Klassen abzielen, und damit auf die Aufhebung dieser Klassen selbst. Vielleicht könnte dies unter mitteleuropäischen Verhältnissen von einem weiterentwickelter CSA-Ansatz mit seiner oben skizzierten Potenz der stärkeren kooperativen Verschränkung von ProduzentInnen und KonsumentInnen ausgehen. Ebenso wichtig wären gemeinsam entwickelte und vertretene Forderungen gegen Staat und Kapital.

Der Autor dankt allen, die Literaturtips, Anregungen und kritische Rückmeldungen zu diesem Text gegeben haben. Er ist Mitglied einer CSA, hat das Projekt „Bodenfreikauf“ mit initiiert und vor Jahren, zusammen mit anderen, einen (nicht mehr existenten) Gemeinschaftsgarten in Wien gegründet.

► Fußnoten:

[1] Die Bevorzugung dieser Betätigungen gegenüber zum Beispiel der Feldarbeit hat wahrscheinlich auch mit ihrer Funktion als Statusmarker zu tun.

[2] <http://terredeliens.org/>

[3] siehe: www.streifzuege.org/ [6]

[4] www.bodenfreikauf.wordpress.com/ [7]

[5] www.immobiliens.net/ [8]

[6] www.demeter.de/ [9]

[7] und zwar im Unterschied zur Anlage von Kapital im Modell der Demeter-Studi

[8] Hier ist nicht der Ort, dies ausführlich zu diskutieren, die Frage der Produktivität der Landwirtschaft ist angesichts von erheblichen Ansprüchen an die Bodenerträge, die auch ohne Agrofuels und bei veganer Ernährung steigen werden, jedenfalls keine triviale. Peak Gas ist kein Argument gegen Stickstoffdünger, der auch über Biomasse hergestellt werden kann, und viele Böden etwa in Afrika sind geologisch bedingt zum Beispiel arm an Phosphor, was die Erträge limitiert. Ein sehr gezielter Einsatz von bestimmten Pestiziden ähnlich wie vom Integrierten Landbau befürwortet, ist wohl nicht von vornherein und unter allen Bedingungen auszuschließen. Biotechnologische Verfahren schließlich (DNA-Marker-unterstützte Züchtung) erhöhen die Produktivität der gerade für den Biolandbau entscheidenden Pflanzenzüchtung (vgl. www.etcgroup.org/ [10]).

Die im Biolandbau erlaubten Pestizide sind nicht unbedingt und in allen Fällen weniger schädlich als die von der konventionellen Landwirtschaft eingesetzten, jedenfalls sind nicht alle unbedenklich. Auch hier wäre jeweils konkret und vor allem unter Außerkraftsetzung kapitalistischer Einkommenswände zu entscheiden, wann solche Stoffe eingesetzt werden. Ganz grundsätzlich ist festzuhalten, dass der Biolandbau nicht auf „synthetische“ Inputs verzichtet.

[9] www.tni.org/ [11]

► **Quelle:** Ich habe diesen Artikel vormals veröffentlicht bei

▫ - [weiter](#) [12]

Social Innovation Network - [weiter](#) [13]

Quell-URL: <https://kritisches-netzwerk.de/forum/wem-gehoert-der-acker-kollektiver-landbesitz-als-notwendige-erweiterung-von-csa>

Links

- [1] <https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/1877%23comment-form>
- [2] <https://kritisches-netzwerk.de/forum/wem-gehoert-der-acker-kollektiver-landbesitz-als-notwendige-erweiterung-von-csa>
- [3] <http://bodenfreikauf.wordpress.com/>
- [4] <http://www.wieserhoisl.at/>
- [5] <http://www.grain.org/>
- [6] <http://www.streifzuege.org/>
- [7] <http://www.bodenfreikauf.wordpress.com/>
- [8] <http://www.immobiliens.net/>
- [9] <http://www.demeter.de/>
- [10] <http://www.etcgroup.org/>
- [11] <http://www.tni.org/>
- [12] http://www.kaernoel.at/cgi-bin/kaernoel/comax.pl?page=page.std;job=CENTER:articles.single_article;ID=3302
- [13] <http://www.social-innovation.org/?p=4578>